



## **Niederschrift zur 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 14.04.2010

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 23:10 Uhr

**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in  
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

### **Anwesend sind:**

#### **Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Karola Andrae

#### **Stadtverordnete(r)**

Frau Melinda Bock

Frau Sabine Brumm

Herr Burkhard Degner

Herr Tim Grebe

Herr Michael Heilgermann

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Sylvia Menges

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Erwin Rust

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Herr Rolf von Lützow

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

#### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

#### **Gäste**

Herr Fred Hasselmann

MAZ

## Es fehlen:

### Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski  
Herr Torsten Kniesigk  
Herr Andreas Noack

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wurde um 19:10 Uhr von der Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Andrae, eröffnet.

#### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Andrae stellte fest, dass von den 29 Stadtverordneten 23 anwesend waren. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

#### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Andrae informierte die Anwesenden darüber, dass ihr vor der Sitzung ein Eilantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und VUB zugegangen sei sowie ein Änderungsantrag der Fraktion CDU. Des Weiteren wurden die Niederschriften vom 04.11./12.11.2009 sowie 25.11.2009 von der Tagesordnung genommen.

Um 19:11 Uhr traf Herr Markwardt ein. Es waren nunmehr 24 Stadtverordnete anwesend.

Herr Grebe begründete den Eilantrag, den die Fraktionen DIE LINKE, SPD und VUB an alle Stadtverordneten verteilt hatten. Er beantragte die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die Notwendigkeit des Antrages und ob es sich hierbei nicht um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handele, schlug Herr Manthey vor, den Eilantrag vor dem Tagesordnungspunkt 10.1 zu behandeln. Frau Schreiber betonte ausdrücklich, dass es günstiger gewesen wäre, wenn die betreffenden Fraktionen eine entsprechende Anfrage gestellt hätten, statt einfach zu behaupten, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II (KP II) nicht abgerufen bzw. beantragt worden seien. Frau Schreiber zitierte aus einem umfangreichen E-Mail-Verkehr mit einer Mitarbeiterin des Landkreises, aus dem hervorgeht, dass die Stadt Zossen sehr wohl die KP II-Mittel beantragt/angemeldet habe. Herr Grebe informierte darüber, dass die Aussage, die zu diesem Antrag geführt habe den Fraktionen zugespielt worden sei und beantragte, dass der Antrag trotzdem auf die Tagesordnung aufgenommen werde.

Ab ca. 19:25 Uhr nahm Frau von Schrötter an der Versammlung teil. Es waren nunmehr 25 Stadtverordnete anwesend.

Abstimmung über die Anträge von Herrn Grebe und Herrn Manthey: 21 / 0 / 3

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung (Niederschriften werden heruntergenommen und Eilantrag wird vor TOP 10.1 behandelt): 23 / 0 / 1

**zu 4** **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 04.11.2009/12.11.2009 (Wiedervorlage) und 25.11.2009 - 20:00 Uhr (Wiedervorlage) sowie vom 10.03.2010**

Niederschrift 04.11.2009/12.11.2009 (Wiedervorlage)  
Von der Tagesordnung genommen.

Niederschrift 25.11.2009 - 20:00 Uhr (Wiedervorlage)  
Von der Tagesordnung genommen.

Niederschrift 10.03.2010  
Keine Anmerkungen.

Abstimmung: 19 / 2 / 3

**zu 5** **Bericht aus der Verwaltung**

Der Bericht aus der Verwaltung lag schriftlich vor und wurde zu Beginn der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt. Der Bericht umfasste folgende Punkte, die Frau Schreiber kurz vortrug.

1. Haushalt 2009
2. Neubau Kita Wünsdorf
3. Grundschule Glienick
4. Oberschule Wünsdorf
5. Kita Schöneiche
6. Neubau Spielplatz Nächst Neuendorf
7. KPll-Mittel Wünsdorf
8. Winterdienst/Splittberäumung
9. Ausschreibung Mitarbeiter Hochbau
10. PanoramaRundweg
11. Bürgerbroschüre
12. Sanierungsgebiet

**zu 6** **Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

Frau Schreiber informierte darüber, dass es keine neuen Informationen gäbe.

**zu 7** **Einwohnerfragestunde**

Herr Vieluf informierte darüber, dass seine 10-jährige Tochter, welche die Goetheschule Zossen besuche, eine Unterschriftensammlung mit Genehmigung der Schulleitung vorgenommen habe, um dem Essenversorger zu verdeutlichen, dass die Qualität des Essens nicht gut sei. Nunmehr hätte dieser Essenversorger ein Schreiben an die Schüler der Goetheschule gerichtet, in welchem der Name seiner Tochter aufgeführt sei. Dies habe dazu geführt, dass sich die Tochter vom Essenversorger bedroht fühle. Herr Vieluf betonte, dass er Frau Schreiber gebeten hätte, seine Tochter zu schützen. Frau Schreiber habe ihm jedoch mitgeteilt, dass sie dafür nicht zuständig sei, sondern er solle sich an den Schulträger wenden.

Frau Schreiber bestätigte die Aussage insofern, dass das staatliche Schulamt für die Vorgänge in den Schulen zuständig sei.

Herr Vieluf forderte Frau Schreiber auf, gegen den Essenversorger vorzugehen, worauf Frau Schreiber ihn darauf hinwies, dass das Vertragsverhältnis zwischen den Eltern und dem Versorger direkt bestehe.

Herr Katzur/Jugendparlament regte an, dass sich die Stadt um eine Qualitätskontrolle des Essens bemühen müsse.

Frau Andrae wies darauf hin, dass dies Arbeit des zuständigen Ausschusses sei.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion zu diesem Sachverhalt beantragte Herr Vieluf als Bürger am Bummi Kindergarten eine Einbahnstraße einzurichten, da viele das „Einfahrt-Verboten-Schild“ missachten. Des Weiteren beantragte Herr Vieluf, dass vor allen Schulen eine 30 km/h-Zone errichtet wird.

Herr Brassat wollte wissen, wie es mit der Kitasituation weitergehe. Er teilte mit, dass er keinen Kitaplatz für sein jüngstes Kind bekomme, weil es bis August dieses Jahres einen Aufnahmestopp in den Kitas gäbe.

Frau Schreiber betonte, dass sie sich sehr schwer mit dem Aufnahmestopp getan habe. Alle Kitaplätze seien derzeit ausgereizt.

Herr Brassart erklärte, dass sein großes Kind dieses Jahr in die Schule komme, er aber trotzdem keine Zusage für einen Kitaplatz für das jüngste Kind bekomme.

Frau Andrae betonte, dass die Stadt nur eine begrenzte Anzahl von Kitaplätzen habe, die auch nicht vermehrt werden können.

Frau Schreiber erklärte, dass die Verwaltung seit 3 Jahren der Stadtverordnetenversammlung immer wieder ein A3-Blatt mit den aktuellen Kitakapazitäten vorlege. Die Beschlussvorlage zum Bau der neuen Kita wurde im September 2009 beschlossen, es läge jedoch erst seit dem 09.04.2010 eine Baugenehmigung vor. Die Bauzeit der Kita werde leider 14 Monate betragen. So sieht es der Bauzeitenplan vor. Es wurden bereits alle Kitas durchgeprüft und alle Kapazitäten seien ausgequetscht.

Herr Brassat:  
Wurden die Kapazitätenerweiterungen verlängert?

Frau Schreiber:  
Die Erweiterung wurde beantragt. Sie sehe sehr gute Chancen für diese Verlängerung, weil von der Verwaltung nachgewiesen werden kann, dass eine neue Kita gebaut wird.

Herr Brassat wollte des Weiteren wissen, wie die Situation an den Grundschulen aussehe.

Frau Schreiber erläuterte auch hier die Verfahrensweise zur Anmeldung der Kinder und Bildung der neuen 1. Klassen umfangreich. Die Meldung der Kinderzahlen macht das Meldeamt der jeweiligen Kommunen. Die Eltern melden die Schüler an den Schulen an. Die Schulen melden dies an das staatliche Schulamt und dieses teilt die Zahlen durch 30 (30 Kinder pro Klasse). Das staatliche Schulamt hat mitgeteilt, dass es sechs erste Klassen geben werde. Frau Schreiber betonte, dass sie dem staatlichen Schulamt mitgeteilt habe, dass sie dies nicht akzeptiere, sondern sieben 1. Klassen möchte. An der Grundschule Wünsdorf sind mehr als 30 Kinder pro Klasse angemeldet, sodass es drei 1. Klassen geben werde. An der Grundschule Zossen sind es nur 30 Kinder pro Klasse, sodass es auch nur zwei 1. Klassen geben werde.

Ab 20:15 Uhr nimmt Frau Timm an der Versammlung teil. Es sind nunmehr 26 Stadtverordnete anwesend.

Frau Schreiber verdeutlichte weiterhin, dass sie seit Jahren für die Ausweisung von kleinen Klassen sei. Würde sie die Klassen ausweisen können, hieße das auch, dass sie über die Lehrerstellen bestimmen könnte. Die Möglichkeit mehrerer kleiner Klassen bestünde. Es liege nicht an den Kapazitäten der Gebäude.

Frau Schreiber bot Herrn Brassat an, in einem persönlichen Termin in der Verwaltung über den Sachverhalt zu beraten.

## zu 8 **Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Grebe:

Gibt es für den Fall, dass ein Arbeitsverlust droht nicht die Möglichkeit eine Notfallkita einzurichten?

Frau Schreiber:

Wenn es so leicht wäre, hätten wir das schon längst gemacht. Es sind sehr viele Genehmigungen für solch einen Fall einzuholen.

Herr Schulz:

Ich war leider nicht auf der Sitzung des OB Schöneiche. Dort wurde aber wohl von der Bürgermeisterin gesagt, dass der Radweg Kallinchen – Schöneiche nicht gebaut werden könne, weil er 800 T€ kostet. Er bittet die Vorsitzenden der Ausschüsse KTL und BBW eine gemeinsame Sitzung einzuberufen und das Planungsbüro dazu einzuladen.

Frau Schreiber wies Herrn Schulz darauf hin, dass sie eine gemeinsame Sitzung der Ortsbeiräte Kallinchen und Schöneiche vorgeschlagen habe. Herr Schulz lehnte dies ab und bestand darauf, dass sich die beiden Ausschüsse dazu befassen.

## zu 9 **Beschlussvorlagen**

### zu 9.1 **Hochbau 2010 (Wiedervorlage) Vorlage: 011/10**

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Hochbau*

a) *in der vorliegenden Form*

oder,

b) ~~b)~~ *wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.*

Zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde von Herrn Preuß ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD/LINKE/VUB verteilt, der wie folgt lautete:

*Die Prioritätenliste ist zu ergänzen um folgende Punkte:*

- *Erhöhung der Summe für Schallschutz an der Grundschule Zossen*
- *KITA Rappelkiste Wünsdorf: Umbauten und Erneuerungen Kleinkinder-WC (5.000 €); Empfehlung des Gesundheitsamtes*
- *Grundschule Wünsdorf: Überarbeitung der Flucht- und Rettungswege, Fluchtwegekennzeichnung; Bemerkung Stand 98 (1.500 €)*
- *Grundschule Dabendorf: Treppenhausgeländer muss überarbeitet werden (Erhöhung Geländer und Erhöhung Füllung), noch keine Kostenschätzung in Prio-Liste 2009*
- *Gesamtschule Dabendorf: Errichtung zweiter Fluchtweg, 100.000 € gemäß Prioritätenliste 2009 veranschlagt (Bemerkung in Prio-Liste 2009: für HH-Plan 2010 vorgesehen).*
- *Hort „Am Wasserturm“ Zossen: Renovierung Sanitärbereich der Jungen (gemäß Prio-Liste 2009 waren 2.00 € veranschlagt); Stellungnahme des Gesundheitsamtes.*
- *KITA „Bummi“ Zossen: Errichtung zweiter Fluchtweg (gemäß Prio-Liste 2009*

- waren 35.000 € veranschlagt)
- Gesamtschule Dabendorf: Notbeleuchtung Treppe (gemäß Prio-Liste 2009 waren 2.00 € veranschlagt)
- Kita „Rappelkiste“ Wünsdorf: Abschnittsweiser Austausch des Fußbodenbelages (Auflage Gesundheitsamt) in Prio-Liste 2009 noch keine Summe genannt.
- Kita Schöneiche: Umbau Wasseraufbereitung (Forderung Gesundheitsamt) (in Prio-Liste 2009 waren 7.000 € veranschlagt)
- Hort Glienick: Erneuerung Fußbodenbelages im Bewegungsraum, Geruchsbelästigung, Mängelhinweis Gesundheitsamt

Herr Preuß erklärte den Antrag damit, dass die einreichenden Fraktionen mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Prioritätenliste nicht einverstanden seien, da während der Haushaltsdebatten festgelegt worden sei, dass die Summe in der Hochbauliste hochgesetzt wird.

Herr Kühnapfel bat die Fraktionen ein machbares Prozedere einzuhalten und zunächst die vorgelegte Liste wie vom BBW empfohlen zu beschließen und sodann die aus dem Antrag ersichtliche neue Liste in den zuständigen Ausschuss zu geben.

Frau Schreiber bat ebenfalls darum, die Beschlussvorlage wie im Ausschuss besprochen zu beschließen. Der Antrag der Fraktionen geht dann in den BBW zur Beratung.

Frau Andrae bat um Abstimmung zur so vorgeschlagenen Verfahrensweise.

Die Abstimmung erfolgt mit folgenden Änderungen: zur von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage zu b) mit der vom BBW vorgeschlagenen Änderung: Ergänzung im Beschlussvorschlag: „Vorbehaltlich weiterer Haushaltsmittel für Schulen, die bei Einsparung anderer Haushaltsstellen frei werden.“ und Einfügung einer neuen Nr. 6. GS Glienick, Dachsanierung zzgl. 250 T€ aus KP II, die Grundschule Zossen rückt auf Priorität 7)

Abstimmung: 24 / 0 / 1

## zu 9.2 Tiefbau Neubau 2010 (Wiedervorlage) Vorlage: 012/10

### Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Tiefbau Neubau*

- a) *in der vorliegenden Form*

oder,

- b) ~~b~~) *wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.*

Frau Schreiber informierte die Anwesenden darüber, dass auch für diese Position im Haushalt zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Sie bat darum, erst über die Beschlussvorlage der Verwaltung abzustimmen und die Verwaltung die Liste durcharbeiten und dann die neuen Zahlen vorlegen zu lassen.

Der Ausschuss BBW hatte die Zustimmung zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Reihenfolge empfohlen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Abstimmung zu a): 24 / 0 / 1

**zu 9.3 Tiefbau Reparatur 2010  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 013/10**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Tiefbau Reparatur*

a) *in der vorliegenden Form*

oder,

b) ~~b)~~ *wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.*

Zu dieser Beschlussvorlage verteilte Herr Preuß zu Beginn der Sitzung ebenfalls einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD/LINKE/VUB mit folgendem Inhalt:

*Die Prioritätenliste ist zu ergänzen um folgende Punkte:*

*Um die Straßen, die auf der Prioritätenliste 2009 vom Bauamt als Prioritäten 4 – 10 gekennzeichnet wurden sowie um die Straße An den Wulzen und Adlershorststraße/Sapherscher Weg.*

Herr Lüders beantragte zunächst die Verweisung in den BBW.

Die Stadtverordneten stimmten über die von der Verwaltung eingebrachte Beschlussvorlage zu a) ab (wie vom BBW bereits empfohlen mit dem Zusatz: Anfügung einer neuen Spalte „Kostenschätzung der Maßnahme“) und gleichzeitig über die Verweisung des Änderungsantrages in den BBW:

Abstimmung: 24 / 0 / 1

**zu 9.4 Straßenbeleuchtung Neubau 2010  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 015/10**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Straßenbeleuchtung Neubau*

a) *in vorliegender Form*

oder,

b) *wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.*

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen beschlossen.

Abstimmung: 24 / 0 / 1

**zu 9.5 Radwege 2010  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 014/10**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Radwege

a) in der vorliegenden Form

oder,

b) ~~b)~~ wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.

Frau Andrae erinnerte daran, dass in der Haushaltsdebatte die Erhöhung der Beträge beschlossen wurde.

Frau Schreiber ergänzte, dass außerdem geklärt worden war, dass sich beim Radweg am Nottekanalweg auf die Nichtbefahrbarkeit durch PKW- Verkehr geeinigt wurde und deshalb die Kosten für die Brücke entfallen.

Herr Preuß stellte den Antrag, die Prioritätenliste umzubenennen in „Rad- Geh- und Wanderwege“ und die Brücke zu streichen.

Frau Schreiber schlug nach kurzer Diskussion vor, den BBW noch mal mit dem Sachverhalt zu beschäftigen. Es würde sich dann um eine neue Beschlussvorlage mit dem weiterführenden Teil handeln.

Abstimmung zu b); Namensänderung der Beschlussvorlage in „Rad-, Geh- und Radwege“, die vom Bauamt vorgeschlagenen Priorität 2 wird gestrichen, sodass alle nachfolgenden vorrutschen.

Abstimmung: 24 / 0 / 1

#### **zu 9.6      Aufhebung von Beschlussvorlagen zu Fachausschussbesetzungen (Wiedervorlage) Vorlage: 018/10**

##### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Folgende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die am 28.10.2008 gefasst wurden, werden aufgehoben:*

*Beschlussvorlage 120/08      Besetzung des Ausschusses „Recht, Sicherheit und Ordnung“.*

*Beschlussvorlage 121/08      Besetzung des Ausschusses „Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung“*

*Beschlussvorlage 122/08      Besetzung des Ausschusses „Soziales, Jugend, Bildung und Sport“*

*Beschlussvorlage 123/08      Besetzung des Ausschusses „Kultur, Tourismus und Landesgartenschau“*

*Beschlussvorlage 124/08      Besetzung des Ausschusses „Finanzen“*

*Des Weiteren beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen die Aufhebung der am 04.03.2009 gefassten Beschlüsse:*

*Beschlussvorlage 013/09      Besetzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen*

*Beschlussvorlage 014/09      Besetzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Landesgartenschau der Stadt Zossen*

Frau Schreiber erläuterte die vereinfachte Verfahrensweise, die es nach sich ziehen würde, die benannten Beschlüsse aufzuheben. An der Ausschussbesetzung würde sich nichts ändern und ebenfalls an der Berechnung der Ausschussvorsitze nicht. Solange keine schriftliche Mitteilung bei der Verwaltung eingeht, bleibt es bei den von den Fraktionen in der Vergangenheit benannten Personen. Nach der Aufhebung der Beschlüsse wäre es auch möglich, die Stellvertreter zu benennen, die dann ebenfalls stimmberechtigt wären (gleiche Verfahrensweise wie im Hauptausschuss).

Abstimmung: 25 / 0 / 0

Frau Andrae bat die Fraktionen die Stellvertreter kurzfristig schriftlich zu benennen.

**zu 9.7** **Vorschlag der Bürgermeisterin zum weiteren Vorgehen mit Dienstaufsichtsbeschwerden (Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 017/10/01**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem stellv. Bürgermeister die Vorbereitung der Beantwortung der Dienstaufsichtsbeschwerden, die in den Aufgabenbereich der Stadtverordnetenversammlung fallen, mit folgenden Arbeitsschritten:*

- *Zusammenstellung des Sachverhaltes,*
- *soweit hierzu erforderlich, Einholung von Stellungnahmen aus den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung,*
- *Einholung der Stellungnahme der Bürgermeisterin,*
- *Fertigen der abschließenden Stellungnahme der Verwaltung zum Sachverhalt,*
- *Fertigen eines Antwortschreibens der Stadtverordnetenversammlung an den Beschwerdeführer, zur Vorlage und Beschlussfassung bei der Stadtverordnetenversammlung.*

Zu Beginn der Sitzung erhielten die Stadtverordneten die Beschlussvorlage Nr. 017/10/01 mit folgendem Beschlusstext:

*Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem stellv. Bürgermeister – unter Aufhebung des Protokollbeschlusses vom 28.09.2009 – die Vorbereitung der Beantwortung der Dienstaufsichtsbeschwerden, die in den Aufgabenbereich der Stadtverordnetenversammlung nach § 61 Abs. 2 S. 1 BbgKVerf fallen, mit folgenden Arbeitsschritten:*

- *Zusammenstellung des Sachverhaltes,*
- *Einholung der Stellungnahme der Bürgermeisterin*
- *Soweit erforderlich – Einholung von Stellungnahmen anderer Amtsbereiche der Verwaltung oder Dritter*
- *Fertigen eines Antwortbriefentwurfes an den Beschwerdeführer zur Vorlage und Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung*

Frau Schreiber erläuterte die erforderlichen Änderungsmaßnahmen im Beschlusstext aufgrund der Forderungen der Kommunalaufsicht.

Herr Preuß erklärte, er habe 3 Änderungsanträge zu dieser Beschlussvorlage.

- „.... überträgt dem stellv. Bürgermeister ....“ soll ersetzt werden durch „... kann dem Rechtsamtsleiter...“
- der letzte Anstrich ist zu streichen
- Die Stadtverordneten müssen, um eine Entscheidung zu treffen die ganzen Unterlagen sehen.

Herr Preuß übergab Frau Andrae den Antrag in schriftlicher Form.

Frau Schreiber wies darauf hin, dass der stellvertretende Bürgermeister niemals jemand sein kann, der Gegenstand einer Dienstaufsichtsbeschwerde ist. Sie bat im Interesse der Stadtverordneten darum, dass der letzte Anstrich in dem Beschluss enthalten bleibt. Des Weiteren bat sie ebenfalls darum die Formulierung „überträgt“ im Beschlusstext zu belassen. Würde der Beschlusstext wie vorgeschlagen geändert werden, würde dies wieder bedeuten, dass im Falle einer eingehenden Dienstaufsichtsbeschwerde der Werdegang sehr langwierig sei.

Nach ausführlicher Diskussion zum Sachverhalt und dem Austausch von Argumenten sowie dem Antrag von Herrn Hummer auf namentliche Abstimmung, zog Herr Preuß seinen Antrag insofern zurück als dass das Wort „überträgt“ im Beschlusstext bestehen bleibt, jedoch der „stellv. Bürgermeister“ durch „Rechtsamtsleiter“ ersetzt werden soll.

Herr Hummer zog seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Herr Preuß erklärte sich ebenfalls einverstanden, dass lediglich ein letzter Anstrich dem Beschlusstext zugefügt wird.

Frau Andrae bat zu den zuvor besprochenen Änderungen um Abstimmung:

Es wird „stellv. Bürgermeister“ ersetzt durch „*Rechtsamtsleiter*“  
Ein neuer letzter Anstrich wird hinzugefügt: „*Der Stadtverordnetenversammlung ist die Dienstaufsichtsbeschwerde nebst sämtlichen Ergänzungsschreiben sowie die eingeholten Stellungnahmen vorzulegen.*“

Abstimmung: 25 / 0 / 0

## zu 10 Anträge von Fraktionen

### zu 10.1 Eilantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, VUB vom 14.04.2010, übergeben auf der SVV am 14.04.2010: Anmeldung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II beim Landkreis

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

*Die Stadt Zossen meldet auf der Basis der von der SVV gefassten Beschlüsse (033/09 und 034/09) die geplanten Mittel, die die Stadt aus dem Konjunkturpaket II verwenden will, beim Landkreis umgehend an.*

Nach umfangreicher, kontroverser Diskussion wurde der Antrag vom Einreicher abgeändert und soll nun wie folgt lauten:

*„Die Bürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 20.04.2010 beim Landkreis Teltow-Fläming nachzufragen, ob die Mittel KPII laut Beschlüssen der SVV BV 033/09 und 034/09 angemeldet sind und alle Unterlagen vorliegen.“*

Frau Andrae bat daraufhin um Abstimmung zum im Protokoll formulierten Antrag:

Abstimmung: 21 / 3 / 1

Herr Preuß stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, alle Unterpunkte des TOP 10 noch durchzunehmen.

Frau Andrae bat um Abstimmung dazu, die Sitzung weiterzuführen bis zum TOP 10.7

Abstimmung: 13 / 10 / 1 (Herr Hummer und Herr Schulz waren bei der Abstimmung nicht anwesend.)

### zu 10.2 Dringlichkeitsantrag der Stadtverordneten Kühnapfel, Menges, Heilgermann vom 25.02.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 26.02.2010: Sicherung des Schulbetriebes der Grundschule Glienick (Wiedervorlage) Vorlage: 019/10

#### Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

1. Die vorgesehene und überfällige Sanierung der Grundschule Glienick ist für 2010

- vorgesehen und muss kurzfristig terminiert und durchgeführt werden.
2. Die Prioritätenliste Hochbau für 2010 ist um den Posten Dacherneuerung der Schule Glienick zu ergänzen.
  3. Die notwendigen Mittel für die Dacherneuerung der Schule sind im März 2010 zu ermitteln und in den Haushalt 2010 einzustellen.
  4. Für die kurzfristig durchzuführenden Sanierungsarbeiten im sanitären Bereich sind Mittel aus dem Konjunkturpaket II inkl. des Eigenmittelanteils wie vorgesehen bereitzustellen.
  5. Die SVV ist in den nächsten Sitzungen über Planung und Höhe der erforderlichen Mittel für vorgenannte Arbeiten zu informieren.

keine Anmerkungen

Abstimmung: 23 / 0 / 2

**zu 10.3 Antrag des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Landesgartenschau der SVV Zossen vom 13.01.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 05.02.2010: Pflege- und Entwicklungskonzept für den Stadtpark Zossen (Wiedervorlage)  
Vorlage: 016/10**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Konzeption soll das in der Anlage gekennzeichnete Gebiet umfassen.
- Grundlage für die Konzeption soll ein Bestandsplan sein, der eine Vegetationsaufnahme umfasst und der zudem nicht nur die oberirdischen sichtbaren Denkmale, sondern auch – soweit möglich – die archäologischen Erkenntnisse berücksichtigt.
- Bei der Erarbeitung der Konzeption sind die historische Bedeutung des Park- und Burgareals zu berücksichtigen. Die noch vorhandenen geschichtlichen Spuren und Strukturen (bauliche Reste und archäologische Befunde) sind zu erfassen, zu berücksichtigen und – soweit möglich – sichtbar zu machen.
- Die Konzeption soll erste Vorschläge zur Entwicklung und Nutzung des Burgareals umfassen und mit der Parkkonzeption in Verbindung zu bringen.
- Die Konzeption soll die gartendenkmalrechtlichen Erfordernisse berücksichtigen.
- Als Zielstellung für den Bereich Kalkschachtöfen sind
  - Sichtbeziehungen von der Bahnhofstraße (B96/246) und vom Nottekanal zu den Kalkschachtöfen zu gewährleisten und
  - eine Durchwegung mit Grünbereichen von der Wasserstraße zum Oertelufer ist zu berücksichtigen.
- Die Konzeption soll einen Maßnahmenkatalog umfassen, der zur Umsetzung der Entwicklungsziele notwendig ist.

*Die Kosten für ein Pflege- und Entwicklungskonzept für den Zossener Stadtpark sind im Haushaltsplan 2010 zu berücksichtigen.*

Herr Preuß erklärte zunächst, dass der Einreicher den Beschlussantrag wie folgt ändert:  
- im letzten Absatz wird „2010“ geändert in „2011“ und es wird folgender Satz ergänzt:  
„Sollte sich im laufenden Haushaltsjahr ein finanzieller Spielraum für die Erarbeitung eines Pflege- und Entwicklungskonzept für den Zossener Stadtpark ergeben, so ist 2010 mit der Erarbeitung zu beginnen.“

Frau Schreiber äußerte ihr Unverständnis über diesen Antrag. In der Haushaltsdebatte wurde sich bereits geeinigt.

Herr Manthey berichtete, dass der BBW empfohlen hatte, diese Beschlussvorlage im Januar 2011 als Wiedervorlage zu behandeln.

Frau Andrae fasste zusammen, dass nunmehr der Änderungsantrag von Herrn Preuß vorliegt, sowie der Antrag auf Verweisung in den BBW. Der Verweisungsantrag ist der weiterreichende und wird somit zuerst abgestimmt.

Abstimmung zur Verweisung in den BBW: 10 / 15 / 0 (Herr Grebe nicht anwesend)

Herr Hummer beantragte die namentliche Abstimmung.

Es folgte die Abstimmung zum von Herrn Preuß geänderten Antrag mit namentlicher Abstimmung:

Herr Zurawski	ja	Herr Markwardt	nein
Frau Timm	ja	Herr Manthey	nein
Herr Steinert	ja	Herr von Lützwow	ja
Herr Schulz	Enthaltung	Herr Lüders	ja
Frau von Schrötter	ja	Herr Kühnapfel	ja
Frau Schröder	nein	Herr Käthe	nein
Frau Schreiber	nein	Herr Hummer	nein
Herr Rust	ja	Herr Heilgermann	ja
Herr Dr. Reinecke	ja	Herr Grebe	ja
Herr Preuß	ja	Herr Degner	nein
Frau Miersch	ja	Frau Brumm	ja
Frau Michler	nein	Frau Bock	ja
Frau Menges	nein	Frau Andrae	nein

Der vorgelegte Antrag wurde mit den folgenden Änderungen: Im letzten Absatz wird „2010“ geändert in „2011“ und es wird folgender Satz ergänzt: „Sollte sich im laufenden Haushaltsjahr ein finanzieller Spielraum für die Erarbeitung eines Pflege- und Entwicklungskonzept für den Zossener Stadtpark ergeben, so ist 2010 mit der Erarbeitung zu beginnen.“  
mit 15 / 10 / 1 bestätigt.

**zu 10.4** **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30.01.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 05.02.2010:**  
**Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 017/09: Kostenloses Schulesen für bedürftige Kinder der Zossener Grundschulen (Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 009/10**

**Beschlussvorschlag:**

- *Absatz 1 des Beschlussantrages wird gestrichen und ersetzt durch folgende Regelung:*

*Alle bedürftigen Grundschüler der Stadt Zossen erhalten ab dem Schuljahr 2010/2011 kostenloses Schulesen.*

- *In Absatz 3 des Beschlussantrages ist die Jahresangabe 2009 durch die Jahresangabe 2010 zu ersetzen.*
- *Der Passus zu den finanziellen Auswirkungen ist zu streichen und wie folgt zu ersetzen:*

*Bedürftig sind Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil die Sozialleistungen nach dem SGB II („Hartz IV“), dem SGB XII („Sozialhilfe“), dem*

*Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen. In Zossen sind etwa 25 % der Grundschul Kinder als bedürftig einzustufen. Insgesamt waren im Schuljahr 2008/2009 in allen Zossener Grundschulen 931 Schüler angemeldet. Davon sind etwa 233 Schülerinnen und Schüler als bedürftig einzustufen. Somit ist für das kostenlose Schulesen mit Kosten in Höhe von etwa 90.000 € pro Schuljahr auszugehen. Für das Haushaltsjahr 2010 sind für das Schuljahr 2010/2011 insgesamt 36.500 € vorzusehen.*

Herr Preuß überreichte einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. Januar 2010 zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Schreiber erklärte ihr Unverständnis darüber, dass der Antrag nicht zurückgezogen wird, nachdem in der Haushaltsdebatte das Thema nicht zum Tragen kam und in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Frau Michler erklärte ebenfalls, dass sie irritiert über den Antrag sei, da in der letzten Haushaltsdebatte beschlossen worden war, dass zunächst geprüft werden solle, ob es ein Verfahren gibt, wie die die Bedürftigkeit festgestellt werden könnte bzw. wie andere Gemeinden verfahren.

Herr Kühnapfel bat den Einreicher darum, den Antrag zurückzuziehen und entsprechend dem gefassten Protokollbeschluss zu verfahren.

Herr Preuß beantragte darauf hin die Verweisung des Antrages in den Ausschuss SJBS womit sich die Mehrheit einverstanden erklärte.

**zu 10.5     Antrag der Fraktion CDU vom 22.11.2009, übergeben durch Frau Andrae an die Stadt Zossen am 17.12.2009:  
Errichtung eines Unterstandes für landwirtschaftliche Maschinen  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 003/10**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

- 1. Der durch Herrn Ronals Pust, wohnhaft in Werben, beantragten Errichtung eines Unterstandes für landwirtschaftliche Maschinen wird vom Grundsatz her durch die Stadt Zossen zugestimmt.*
- 2. Die noch einzureichenden Planungsunterlagen, Beschreibung inkl. des Bauantrages des Unterstandes für Landwirtschaftsmaschinen wird durch die Stadt Zossen positiv entschieden.*
- 3. Die Stadt wird von Herrn Pust von jeglichen Kosten freigehalten. Notwendige Freigaben durch den / die Grundstückseigentümer obliegt Herrn Pust. Die Genehmigung durch die Stadt Zossen erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Baubehörde des Kreises.*

Um 22:20 Uhr verließen Herr Degner und Herr Käthe die Sitzung.

Herr Kühnapfel begründete den Antrag damit, dass er lediglich der Meinungsfindung dienen solle bzw. ein Votum der Stadtverordneten widerspiegeln solle.

Frau Schreiber machte deutlich, dass die Zustimmung zu einer Baugenehmigung ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei und die Stadtverordnetenversammlung es nicht in ihrer Kompetenz habe, über Bauanträge zu entscheiden.

Frau Michler schlug vor, dass lediglich zu Protokoll gegeben werden solle, ob die Stadtverordneten mit dem Projekt einverstanden sind oder nicht.

Frau Andrae bat um Abstimmung zum eingereichten Antrag:

Abstimmung: 12 / 1 / 10

zu 10.6 **Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 16.02.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 16.02.2010: Antrag für die Ausschüsse und die SVV zur Einrichtung eines eigenen Unterabschnittes im Haushalt für Radwegeplanung und Radwegebau ab Haushalt 2010 (Wiedervorlage)  
Vorlage: 010/10**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung eines eigenen Unterabschnittes im Haushalt für Radwegeplanung und Radwegebau innerhalb des Einzelplans Bau- und Wohnungswesen, Verkehr ab Haushalt 2010. Für diesen Unterabschnitt werden Haushaltsmittel in Höhe von 50.000,- € in den Haushalt 2010 eingestellt.*

Frau Andrae teilte mit, dass der Einreicher seinen Antrag zurückziehe.

zu 10.7 **Antrag des Finanzausschusses vom 06.03.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 08.03.2010: Zur BV 110/09, Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben bei Personalkosten (Wiedervorlage)  
Vorlage: 025/10**

*Der Finanzausschuss stellt an die nächste SVV am 24.03.10 den Antrag:*

- 1. der Bürgermeisterin eine Missbilligung auszusprechen, weil sie in der SVV gefasste Beschlüsse nicht ausgeführt hat.*
- 2. den BV 110/09 über die Kommunalaufsicht Teltow-Fläming nachprüfen zu lassen, inwieweit mit dem Antrag, zusätzlich über eine dreiviertel Million € zu stellen, die Festlegungen in der Kommunalverfassung und der Finanzordnung des Landes Brandenburg nicht eingehalten bzw. verletzt wurden.*

Herr Steinert bemängelte, dass der Antrag bereits das 4. Mal auf dem Tisch liege und er mit der Einladung zum Finanzausschuss nochmals darum gebeten habe, diese Kosten erläutert zu bekommen.

Frau Schreiber wies darauf hin, dass in der Beschlussvorlage 110/09 eine Begründung enthalten war, und dass es sich um Kosten aufgrund einer Tarifierhöhungen und Personalkosten von Erzieherinnen handele.

Frau Andrae erklärte, dass für Punkt 1 des Antrages nicht die Stadtverordnetenversammlung berechtigt ist, sondern dass der Punkt an die Kommunalaufsicht verwiesen werden muss.

Herr Steinert erklärte, dass beide Punkte an die Kommunalaufsicht zur Prüfung eingereicht werden sollen.

Frau Andrae lass die geänderte Beschlussvorlage vor und bat um Abstimmung. Es wird nach dem 1. Satz des Antrages eingefügt: „Die Kommunalaufsicht zu bitten ....“

Abstimmung: 14 / 8 / 1 (Frau Schreiber nahm an der Abstimmung nicht teil)

**zu 10.8 Antrag der Stadtverordneten Karola Andrae, Petra Miersch, Carsten Preuß vom 10.03.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 11.03.2010: Umsetzung des Beschlusses 154/08 Panoramaweg in den Zossener Mühlenbergen (Wiedervorlage)  
Vorlage: 026/10**

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen möge beschließen:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dass 65.199,04 m<sup>2</sup> große stadteigene Flurstück 324 in der Gemarkung Zossen, Flur 5 so zu teilen, dass ein Teilgrundstück in der Größe von ca. 25.798 m<sup>2</sup> im Bereich des in der beigefügten Anlage mit „A“ gekennzeichneten Teilstücks entsteht:*

*Dieses Teilstück soll dann als Tauschgrundstück für das Flurstück 121 in der Gemarkung Zossen, Flur 4 in der Größe von 25.798 angeboten werden.*

*Der Grundstückstausch soll die nachfolgend genannten Punkte berücksichtigen:*

- *Gegebenenfalls bestehende Pachtverträge auf dem Flurstück 324, Gemarkung Zossen, Flur 5 sind durch den neuen Grundstückseigentümer des Teilstücks zu übernehmen.*
- *Die Kosten der Teilvermessung in Höhe von ca. 3.200 € sind durch den Haushalt der Stadt abzusichern. Alternativ können die Kosten der Teilungsvermessung durch den neuen Eigentümer des Teilflurstücks 324, Gemarkung Zossen, Flur 5 übernommen werden. Dafür ist das Tauschgrundstück entsprechend zu vergrößern. Als Berechnungsgrundlage sind die Bodenrichtwerte für Ackerland heranzuziehen (derzeit 0,22 €/m<sup>2</sup>).*
- *Der Weg (Verlängerung Straße Weinberge), der über das Flurstück 324, Gemarkung Zossen, Flur 5 von West nach Ost verläuft und nicht als eigenes Wegeflurstück ausgewiesen ist, ist als Weg zu erhalten und soll im Besitz der Stadt Zossen verbleiben.*

Der Änderungsantrag der Fraktion CDU wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt. Er lautete wie folgt:

*Änderungsantrag der Fraktion CDU vom 12.04.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.04.2010:*

1. *Die BV wird/wurde lt. beiliegender Beschlusslage Nr. 100/09 (siehe Anlage Kopie der Beschlussvorlage und des dazugehörigen Protokollauszuges) in folgende Ausschüsse verweisen:  
Ausschuss für Finanzen  
Ausschuss KTL  
Hauptausschuss*
2. *Statt Tausch von Flächen wird ein Wertgutachten von einem unabhängigen Gutachter für das Grundstück Flurstück 121 in der Flur 4 eingefordert. Der ermittelte Wert ist unabhängig von der weiteren Nutzung des Grundstückes als Ausgleich / Kaufsumme an den Eigentümer von der Stadt anzubieten bzw. auszureichen.*
3. *Für die Nutzung des Geländes der ehemaligen Deponie (Eigentum der Stadt Zossen) und der Streuobstwiesen (Privateigentum) fehlen bis auf die Idee des Panoramaweges konkrete Vorstellungen, die von den genannten Ausschüssen bedacht und erarbeitet werden sollen.*

Herr Kühnappel begründete ausführlich den von seiner Fraktion gestellten Änderungsantrag.

Frau Schreiber wies darauf hin, dass sie den Antrag der CDU unterstütze, da sie weder Tauschen noch Verkaufen/Kaufen werde, wenn der Grundstückspreis unter dem Verkaufswert liege. Es gibt unterschiedliche Werte von Ackerland. Bei dem streitgegenständlichem Land handele es sich um Ackerland mit minderwertiger Qualität, wohingegen das vorgeschlagene Tauschgrundstück an einem Südbahang liege. Frau

Schreiber erklärte weiterhin, dass sie nicht verstehe, warum der einzige Hang in Südlage in Zossen freiwillig weggegeben werden solle. Der Tausch würde nicht den Regelungen der Kommunalverfassung entsprechen, da er einen finanziellen Schaden für die Stadt Zossen nach sich ziehen würde.

Um 22:45 Uhr trat Frau Andrae als Stadtverordnete an das Mikrofon und Frau Michler nahm als Stellvertreterin ihren Platz ein.

Frau Andrae machte deutlich, dass sie den Sachverhalt sehr gerne endlich beendet hätte, sodass endlich ein Schlussstrich unter die Sache gezogen werden könne.

Frau Schreiber wies an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hin, dass, wenn der Beschluss in ursprünglich eingereichter Form beschlossen werden würde, ein finanzieller Schaden für die Stadt angestoßen werden würde.

Herr Dr. Reinecke beantragte das Ende der Debatte. Frau Andrae nahm ihren Platz als Stadtverordnetenvorsteherin wieder ein.

Herr Hummer beantragte namentliche Abstimmung.

Frau Andrae bat um Abstimmung zum Antrag der CDU/Herrn Kühnapfel in dem es unter anderem darum geht, dass zunächst ein Wertgutachten erstellt werden soll.

Herr Zurawski beantragte, dass die namentliche Abstimmung mit dem Buchstaben A anfängt. Frau Andrae rief die Stadtverordneten jedoch in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge auf.

Namentliche Abstimmung zum Antrag der Fraktion CDU:

Herr Zurawski	ja	Herr Markwardt	ja
Frau Timm	nein	Herr Manthey	ja
Herr Steinert	nein	Herr von Lützow	nein
Herr Schulz	nein	Herr Lüders	nein
Frau von Schrötter	ja	Herr Kühnapfel	ja
Frau Schröder	ja	Herr Hummer	ja
Frau Schreiber	ja	Herr Heilgermann	nein
Herr Rust	nein	Frau Brumm	nein
Herr Dr. Reinecke	nein	Frau Bock	nein
Herr Preuß	nein	Frau Andrae	nein
Frau Miersch	nein		
Frau Michler	ja		
Frau Menges	ja		

Damit wurde der Antrag mit 9 / 14 / 0 abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag 026/10 wie vorgelegt:

Herr Zurawski	nein	Herr Markwardt	nein
Frau Timm	ja	Herr Manthey	nein
Herr Steinert	ja	Herr von Lützow	ja
Herr Schulz	ja	Herr Lüders	ja
Frau von Schrötter	ja	Herr Kühnapfel	nein
Frau Schröder	nein	Herr Hummer	nein
Frau Schreiber	nein	Herr Heilgermann	ja
Herr Rust	ja	Herr Grebe	ja
Herr Dr. Reinecke	ja	Frau Brumm	ja
Herr Preuß	ja	Frau Bock	ja
Frau Miersch	ja	Frau Andrae	ja
Frau Michler	nein		
Frau Menges	nein		

Somit wurde dem Antrag mit 15 / 9 / 0 zugestimmt.

Frau Schreiber teilte mit, dass sie diesen Beschluss beanstanden muss.

Frau Andrae beendete die Sitzung um 23:10 Uhr und teilte mit, dass die Fortführung mit den nicht geschafften Tagesordnungspunkten am Mittwoch, den 21.04.2010 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus stattfinden werde.

Karola Andrae  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich  
Protokollantin

zu 11 **Beschlussvorlagen**

**Niederschrift  
zur 4. öffentlichen/nicht öffentlichen  
Fortführungssitzung der  
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 21.04.2010

**Sitzungsbeginn:** 19:04 Uhr

**Sitzungsende:** 20:05 Uhr

**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in  
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

**Anwesend sind:**

**Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Karola Andrae

**Stadtverordnete(r)**

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Herr Tim Grebe

Herr Michael Heilgermann

Herr Peter Hummer

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Frau Sylvia Menges

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Herr Rolf von Lützwow

**Protokollantin**

Frau Carmen Schulze

## **Es fehlen:**

### **Stadtverordnete(r)**

Frau Sabine Brumm	
Herr Burkhard Degner	
Herr Wilfried Käthe	
Herr Ralf Markwardt	entschuldigt
Frau Susanne Michler	
Herr Erwin Rust	entschuldigt
Frau Gudrun Timm	entschuldigt
Frau Freifrau Maria von Schrötter	entschuldigt
Herr Rainer Zurawski	entschuldigt

### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber	entschuldigt
-------------------------	--------------

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, eröffnete um 19:04 Uhr die Fortführungssitzung und begrüßte die Anwesenden. Frau Schreiber war entschuldigt, daher begrüßte Frau Andrae Herrn Kramer zur Stadtverordnetenversammlung.

Von den 29 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung waren derzeit 18 Mitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit war somit gegeben.

#### **zu 11.1      Abschluss schreiben Petition Kühlauro (Wiedervorlage) Vorlage: 021/10**

##### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt beschließt:*

*Das in der Anlage beigefügte Antwortschreiben wird hiermit bestätigt und als abschließende Antwort der Stadtverordnetenversammlung in diesem Petitionsverfahren an den Petenten verschickt.*

Frau Andrae fragte nach, ob es Einwendungen zum vorliegenden Text gibt.

Herr Lüders:

Vorletzter Absatz – Datum 05.01.2010 sollte ersetzt werden durch Januar 2010.

Es gab keine weiteren Einwendungen. Frau Andrae fasste somit wie folgt zusammen:  
Vorletzter Absatz – Datum „05.01.2010...“ wird ersetzt durch „**Januar 2010**...“.

Es erfolgte die Abstimmung des Antwortschreibens in geänderter Form  
(Beschlussvorlage 021/10).  
Abstimmung: 17 / 0 / 0

#### **zu 11.2      Abschluss schreiben Petition Tagesmütter (Wiedervorlage) Vorlage: 022/10**

##### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt beschließt:*

*Das in der Anlage beigefügte Antwortschreiben wird hiermit bestätigt und als abschließende Antwort der Stadtverordnetenversammlung in diesem Petitionsverfahren an den Petenten verschickt.*

Frau Andrae fragte nach, ob es Änderungen zum vorliegenden Text gibt.

Herr Preuß

- Letzter Absatz, 1. Satz sollte gestrichen werden.
- Letzter Absatz, 2. Satz – „Ab ...“ sollte ersetzt werden durch „Seit ...“.

Es gab keine weiteren Einwendungen. Frau Andrae fasste somit wie folgt zusammen:

- Letzter Absatz, 1. Satz wird ersatzlos gestrichen.
- Letzter Absatz, 2. Satz – „Ab ...“ wird ersetzt werden durch „**Seit** ...“.

Es erfolgte die Abstimmung des Antwortschreibens mit den genannten Änderungen (Beschlussvorlage 022/10).

Abstimmung: 16 / 2 / 0

Herr Kniesigk nahm ab 19:10 Uhr an der Sitzung teil, somit waren 19 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Karola Andrae  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Carmen Schulze  
Protokollantin